

MORNING NEWS

20. Februar 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	25.043,57	-234,64	-0,93	25.278,21	DJ 30	49.395,16	-267,50	-0,54	49.662,66
MDAX	31.479,01	-263,21	-0,83	31.742,22	NASDAQ	24.797,34	-101,53	-0,41	24.898,87
TEC DAX	3.708,91	11,82	0,32	3.697,09	Nikkei 225	56.759,73	-708,10	-1,23	57.467,83
Euro Stoxx50	6.059,62	-43,75	-0,72	6.103,37	Hang Seng	26.515,19	-190,75	-0,71	26.705,94
Bund Future	129,42	0,17	0,13	129,25	Euro / US-\$	1.1756	-0,00	-0,14	1.1773
Gold in US-\$	5.007,50	11,40	0,23	4.996,10	Öl (Brent) US-\$	72,09	0,43	0,60	71,66
Bitcoin / US-\$	67.841,34	945,40	1,41	66.896,20	Ethereum / US-\$	1.956,03	8,26	0,42	1.947,78

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	25.092	+49
NASDAQ Future	24.933,00	+74,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	170,35	-0,39	-0,00	170,74	200,26	1.856.781,00
Nokia OJ	6,46	0,09	0,01	6,38	7,60	50.212.129,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Umicore (07:00 Q4), Sika AG (07:00 Q4), Air Liquide (07:20 Q4), Danone (07:30 Q4), Anglo American (08:00 Q4)		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	PPI (m/m)	Januar	08:00	0,3% (-0,2%)
D	PPI (y/y)	Januar	08:00	-2,2% (-2,5%)
D	PMI Dienste, vorab	Februar	09:30	52,4 (52,4)
D	PMI Composite, vorab	Februar	09:30	52,3 (52,1)
D	PMI Verarbeitendes Gewerbe, vorab	Februar	09:30	49,5 (49,1)
EWU	PMI Dienste, vorab	Februar	10:00	51,9 (51,6)
EWU	PMI Composite, vorab	Februar	10:00	51,5 (51,3)
EWU	PMI Verarbeitendes Gewerbe, vorab	Februar	10:00	50,0 (49,5)
USA	Bloomberg Wirtschaftsumfrage USA	Februar	12:00	n/a
USA	Private Einkommen	Dezember	14:30	0,3% (0,3%)
USA	Private Ausgaben	Dezember	14:30	0,3% (0,5%)
USA	BIP (q/q), annualisiert, vorab	Q4	14:30	2,8% (4,4%)
USA	Privater Konsum, vorab	Q4	14:30	2,4% (3,5%)
USA	PMI Verarbeitendes Gewerbe, vorab	Februar	10:00	52,3 (52,4)
USA	PMI Dienste, vorab	Februar	10:00	53,0 (52,7)
USA	PMI Composite, vorab	Februar	10:00	53,0 (53,0)
USA	Neubauprojekte	Dezember	16:00	730.000 (n/a)
USA	Verbrauchervertrauen Uni Michigan, final	Februar	16:00	57,2 (57,3)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,29 (1,34)	10-jährige Bonds	+0,063	4,07%
Volumen NASDAQ	6,97 (7,68)	30-jährige Bonds	+0,063	4,70%

(-)Vortag

Die US-Börsen haben am Donnerstag mit Verlusten geschlossen. Belastet wurde der Markt vor allem durch **Kursverluste bei Private-Equity-Firmen** und **Technologieaktien**, während **starke Ergebnisse** aus dem **Industriesektor** die Abgaben begrenzten.

Der Dow-Jones-Index der Standardwerte notierte zum Handelsende 0,55 Prozent tiefer bei 49.389 Punkten. Der breiter gefasste S&P 500 verlor 0,28 Prozent auf 6861 Zähler, der Index der Technologiebörsen Nasdaq gab 0,31 Prozent auf 22.682 Stellen nach.

Auslöser für die Verkäufe im Finanzsektor waren Nachrichten von **Blue Owl Capital**. Der Vermögensverwalter will Vermögenswerte im Volumen von 1,4 Milliarden Dollar veräußern und Rücknahmen bei einem seiner Fonds einfrieren, um Schulden zu bedienen und Kapital zurückzuführen. Dies zog die Aktien der Konkurrenten **Apollo Global Management, Ares, KKR und Carlyle** mit nach unten. Investoren sorgen sich zunehmend um die Kreditqualität und das Engagement der Geldgeber bei Softwarewerten.

Auch die Tech-Schweregewichte **Nvidia** und **Apple** gaben nach und drückten auf die Stimmung. Bei KI-Werten wachsen die Zweifel, ob die massiven Investitionen in Künstliche Intelligenz tatsächlich zu den erhofften Umsatz- und Gewinnsteigerungen führen. Zudem fürchten Anleger, dass KI-Tools Geschäftsmodelle in Branchen von Software bis Logistik umkrepeln und den Wettbewerb verschärfen könnten. "Der Markt versucht zu begreifen, welche Geschäftsbereiche durch KI materiell bedroht sind", sagte Keith Buchanan, Portfoliomanager bei Globalt Investments. "Wir befinden uns in einer Phase des Zyklus, in der man erkennt, dass nicht jeder gewinnen wird und nicht alle Erwartungen erfüllt werden."

Bei den Einzelwerten stand **Walmart** im Fokus. Die Aktien des Einzelhandelsriesen gaben 1,4 Prozent nach, nachdem der neue Konzernchef John Furner zum Amtsantritt zwar ein Aktienrückkaufprogramm über 30 Milliarden Dollar ankündigte, aber zugleich eine konservative Prognose für das Geschäftsjahr 2027 abgab. Gefragt waren dagegen Papiere des Landmaschinenherstellers **Deere & Co** (plus 11,6 Prozent) nach einer Anhebung der Jahresprognose. Der Energiesektor profitierte von steigenden Ölpreisen, die durch die Furcht vor einem militärischen Konflikt zwischen den USA und dem Iran getrieben wurden.

Der schwedische Online-Zahlungsdienstleister **Klarna** vergraulte die Anleger mit tiefroten Zahlen. Die an der Wall Street notierten Aktien brachen um mehr als 25 Prozent ein. Im Schlussquartal fiel ein Nettoverlust in Höhe von 26 Millionen Dollar an, der mehr als doppelt so hoch ausfiel wie von Analysten befürchtet.

Konjunkturseitig richtete sich der Blick auf den Arbeitsmarkt, der sich den wöchentlichen Daten zufolge stabilisierte. Mit Spannung warten Investoren nun auf die Daten zu den persönlichen Konsumausgaben (PCE) am Freitag. Das von der US-Notenbank Fed bevorzugte Inflationsmaß könnte Aufschluss über den künftigen Zinskurs geben. Den Terminmarktdaten zufolge liegt die Wahrscheinlichkeit für eine Zinssenkung im Juni derzeit bei 50 Prozent.

Am **Ölmarkt** trieb die **Furcht vor Versorgungsengpässen** die Notierungen für **Brent** und **WTI** um jeweils mehr als zwei Prozent nach oben auf 71,80 beziehungsweise 66,73 Dollar je Fass. Damit setzten sie ihren Anstieg vom Mittwoch von mehr als vier Prozent fort. Die größte Sorge der Ölanleger ist laut den Experten der ANZ, dass eine Eskalation der Spannungen zwischen den USA und dem Iran den Schiffsverkehr in der Straße von Hormus beeinträchtigen könnte. Rund 20 Prozent des weltweiten Ölverbrauchs werden über diese Wasserstraße abgewickelt.

Hoch im Kurs standen Edelmetalle wie **Gold** und **Silber**, die in Krisenzeiten gern als sichere Häfen angesteuert werden. Gold verteuerte sich zwischenzeitlich um bis zu 0,9 Prozent auf 5021 Dollar je Feinunze, Silber wurde mit bis zu 79,49 Dollar je Feinunze drei Prozent höher gehandelt.

US Unternehmen

Der Online-Händler **Amazon** muss sich in den USA **Klagen von Familien** stellen, deren Angehörige sich mit auf der Plattform gekauftem **Natriumnitrit** das Leben nahmen. Der Oberste Gerichtshof des Bundesstaates Washington entschied am Donnerstag einstimmig, dass Klagen gegen das Unternehmen wegen Fahrlässigkeit zulässig sind. Damit hob das Gericht eine Entscheidung einer Vorinstanz auf, die Amazon von der Verantwortung freigesprochen hatte. Amazon schulde seinen Kunden eine Sorgfaltspflicht, hieß es in der Urteilsbegründung. Eine Jury müsse nun entscheiden, ob ein Suizid eine vorhersehbare Folge der mutmaßlichen Verletzung dieser Pflicht durch den Online-Händler sei (Reuters).

Der Facebook-Mutterkonzern **Meta** kürzt einem Medienbericht zufolge erneut die jährlichen **Aktienoptionen** für seine **Mitarbeiter**, um **Milliarden-Investitionen in Künstliche Intelligenz** (KI) zu finanzieren. Die Zuteilung sei für die meisten Angestellten um etwa fünf Prozent reduziert worden, berichtete die "Financial Times" unter Berufung auf Insider. Bereits im vergangenen Jahr habe der Konzern die aktienbasierten Vergütungen um rund zehn Prozent gekürzt. Meta-Chef Mark Zuckerberg richtet den Konzern stark auf KI aus. Meta rechnet für das Jahr 2026 mit Investitionsausgaben zwischen 115 und 135 Milliarden Dollar.

Marktmeldungen

In **China** bleiben die Börsen heute aufgrund eines **Feiertags** geschlossen.

Die **Steuereinnahmen** von **Bund und Ländern** sind im Januar gesunken. Sie summierten sich auf 64,5 Milliarden Euro, das sind 3,4 Prozent weniger als im Vorjahresmonat, wie aus dem Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums hervorgeht, der am Freitag veröffentlicht werden soll. Das Ministerium verwies auf Sondereffekte im Vorjahr, die zu einer Verzerrung führten. "Ohne diese Effekte ergab sich rechnerisch ein leichtes Plus von rund einem Prozent." Experten rechnen im Gesamtjahr 2026 mit einem Zuwachs von 2,8 Prozent. Bei den einzelnen Steuerarten war unter anderem die Lohnsteuer auffällig. In diesem Bereich erhöhte sich das Aufkommen im Januar um rund neun Prozent - Folge der spürbaren Lohn- und Gehaltszuwächse. Bei der Mehrwertsteuer stieg das Aufkommen um zwei Prozent. Um satte 79 Prozent nach unten ging es bei der Körperschaftsteuer, weil Unternehmen deutlich weniger Nachzahlungen leisten mussten und es höhere Erstattungen gab (Reuters).

EZB-Präsidentin Christine Lagarde hat nach Berichten über angebliche Pläne für einen vorzeitigen Abgang in einem Zeitungsinterview erklärt, dass sie ihre **Amtszeit** bis zum Ende absolvieren wolle. "Wenn ich auf all diese Jahre zurückblicke, denke ich, dass wir viel erreicht haben, dass ich viel erreicht habe", sagte sie dem "Wall Street Journal" in einem am Donnerstag (US-Ortszeit) veröffentlichten Interview. "Wir müssen das konsolidieren und sicherstellen, dass es wirklich solide und verlässlich ist. Meine Grundannahme ist daher, dass dies bis zum Ende meiner Amtszeit dauern wird." Die "Financial Times" hatte zuvor berichtet, Lagarde wolle ihr Amt als Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) vorzeitig niederlegen, um dem scheidenden französischen Präsidenten Emmanuel Macron ein Mitspracherecht bei der Wahl ihrer Nachfolge zu geben.

Der **CDU-Bundesparteitag** in Stuttgart wird nach Ansicht von **CDU-Generalsekretär** Carsten Linnemann den **Unvereinbarkeitsbeschluss** für eine Zusammenarbeit mit der **Linkspartei** nicht korrigieren. Es sei richtig, dass es dazu bisher keine Anträge gebe, sagte Linnemann am Donnerstagabend nach den Gremiensitzungen der CDU in Stuttgart. "Das Thema Antisemitismus spielt in der Linkspartei eine große Rolle und breitet sich weiter aus. Und es ist für mich undenkbar, mit so einer Partei irgendwie zu kooperieren." (Reuters).

US-Präsident Donald Trump sagt, es werden "sehr schlimme Dinge" passieren, wenn es keine Einigung mit dem **Iran** gibt. Die USA werden so oder so eine Einigung erzielen, sagt er (Reuters).

Der **Iran** warnt vor einer **Eskalation des Konflikts** mit den **USA**. In einem Brief an UN-Generalsekretär Antonio Guterres kündigt die Vertretung Teherans an, dass Stützpunkte und Anlagen "feindlicher Streitkräfte" in der Region als legitime Ziele betrachtet werden, sollte es zu einer militärischen Aggression kommen. Die Rhetorik von US-Präsident Donald Trump signalisiere ein reales Risiko für einen Angriff, heißt es in dem Schreiben weiter. Der Iran wolle keinen Krieg, werde aber entschlossen reagieren.

Ein **19-jähriger US-Bürger** stirbt im besetzten **Westjordanland** nach **Schüssen eines jüdischen Siedlers**. Dies teilt das palästinensische Gesundheitsministerium mit. Der Mann sei im Dorf Muchmas bei Ramallah angeschossen worden, als Bewohner einen Diebstahl von Schafen durch Siedler verhindern wollten, sagt ein Verwandter der Nachrichtenagentur Reuters. Ein Vertreter der US-Botschaft verurteilt die Gewalt. Eine Stellungnahme des israelischen Militärs liegt zunächst nicht vor (Reuters).

Die **USA** haben einen Teil ihrer mehr als vier Milliarden Dollar umfassenden **Schulden** bei den **Vereinten Nationen** (UN) beglichen. Washington habe in der vergangenen Woche rund 160 Millionen Dollar überwiesen, teilte ein UN-Sprecher am Donnerstag mit. Die Zahlung erfolgte, während US-Präsident Donald Trump die erste Sitzung seines umstrittenen Friedensrates abhielt. Trump sagte bei dem Treffen in Washington, seine Regierung werde die UN finanziell stärken. "Wir werden ihnen in Gelddingen helfen, und wir werden sicherstellen, dass die Vereinten Nationen lebensfähig sind", sagte Trump. "Ich denke, die Vereinten Nationen haben großes Potenzial, wirklich großes Potenzial. Sie haben dieses Potenzial nicht ausgeschöpft." (Reuters).

US-Präsident Donald Trump strebt Regierungsunterlagen zufolge ein **ziviles Atomabkommen** mit **Saudi-Arabien** an, das auf übliche Sicherheitsgarantien gegen die Entwicklung von Kernwaffen verzichtet. Dass geht aus einem dem US-Kongress vorgelegten Dokument hervor, das die Nachrichtenagentur Reuters am Donnerstag einsehen konnte. Demnach enthält der Entwurf für den Pakt nicht das sogenannte Zusatzprotokoll der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). Dieses würde der UN-Behörde weitreichende Kontrollrechte einräumen, etwa unangemeldete Inspektionen an nicht deklarierten Orten. Zudem öffnet das Papier die Tür für ein saudisches Programm zur Urananreicherung und Wiederaufarbeitung von Brennelementen – technologische Schritte, die auch für den Bau von Atombomben genutzt werden können (Reuters).

Ukrainische Drohnen haben den Hafen von **Sewastopol** auf der von Russland annexierten Halbinsel Krim angegriffen. Dabei sei ein Mensch getötet worden, berichtet der von Russland eingesetzte Gouverneur der Region, Michail Raswosschajew, auf Telegram. Flugabwehreinheiten hätten 16 ukrainische Drohnen abgefangen. Mehrere Hochhäuser und Privathäuser seien bei dem Angriff beschädigt worden (Reuters).

Die **japanische Ministerpräsidentin** Sanae Takaichi hat eine **Abkehr von der bisherigen Sparpolitik** des Landes angekündigt. "Meine Regierung wird mit dem langjährigen Trend exzessiver Sparmaßnahmen und chronischer Unterinvestitionen in die Zukunft brechen", sagte Takaichi in einer Grundsatzrede vor dem Parlament. Japan solle nicht zögern, die Ausgaben zu erhöhen, um private Investitionen zu unterstützen. Zugleich versprach sie angesichts wachsender Sorgen an den Märkten über die sich verschlechternde Haushaltsslage Japans, konkrete Indikatoren zur Messung der Fortschritte bei der Sanierung der Staatsfinanzen festzulegen (Reuters).

Die **Kerninflation** in **Japan** ist laut Regierungsdaten im Januar um zwei Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen. Dies ist der langsamste Anstieg seit zwei Jahren. Der Anstieg der Verbraucherpreise, bei dem die schwankungsanfälligen Preise für frische Lebensmittel herausgerechnet werden, entsprach den Markterwartungen. Er hatte im Dezember noch 2,4 Prozent erreicht. Ein separater, von der Bank of Japan (BoJ) genau beobachteter Index, bei dem die Preise für Lebensmittel und Ölprodukte wie Benzin herausgerechnet werden, stieg den Daten zufolge im Januar um 2,6 Prozent nach 2,9 Prozent im Dezember. Dies war der langsamste Anstieg seit Februar 2025 (Reuters).

Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un hat zum Auftakt des neunten Parteitags eine positive **Wirtschaftsbilanz** der vergangenen fünf Jahre gezogen. Sein abgeschottetes Land habe die Stagnation überwunden und wichtige wirtschaftliche Ziele erreicht, sagte Kim laut einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur KCNA vom Freitag. Für die Außenwelt habe Nordkorea eine "große Veränderung" in den Beziehungen zu anderen Ländern und in der globalen geopolitischen Landschaft herbeigeführt. Die Beziehungen zu den USA oder Südkorea erwähnte Kim in seiner Rede nicht, ebenso wenig wie die Bemühungen seines Landes, ein Atomwaffenarsenal aufzubauen (Reuters).

Gesundheitswesen

Das Mainzer Biotechunternehmen **BioNTech** hat den US-Konkurrenten **Moderna** verklagt. In der am Donnerstag bei einem Bundesgericht im US-Bundesstaat Delaware eingereichten Klage wirft BioNTech dem US-Konzern vor, mit seinem neuen Corona-Impfstoff mNEXSPIKE Patente zu verletzen. Diese stünden im Zusammenhang mit dem Konkurrenzprodukt Comirnaty von BioNTech und dessen US-Partner Pfizer. Der Klage zufolge verletzt mNEXSPIKE die Rechte von BioNTech an einer Technologie für ein optimiertes mRNA-Impfstoffdesign (Reuters).

Der Schweizer Pharmakonzern **Novartis** will laut US-Präsident Donald Trump dank seiner Zollpolitik elf neue Fabriken in den USA errichten. Dies habe ihm der Vorstandschef des Unternehmens, Vas Narasimhan, am Mittwoch bei einem Treffen im Weißen Haus gesagt, erklärte Trump am Donnerstag bei einer Rede vor Stahlarbeitern in Rome im US-Bundesstaat Georgia (Reuters).

Lebensmittel / Getränke

Die **italienische Tochter** des spanischen Lieferdienstes **Glovo** muss auf Anordnung eines Gerichts die **Arbeitsverhältnisse von 40.000 Fahrern** regeln. Das geht aus einem am Donnerstag von der Nachrichtenagentur Reuters eingesehenen Gerichtsbeschluss hervor. Glovo wird von dem deutschen Dax-Konzern Delivery Hero kontrolliert. Die Mailänder Staatsanwaltschaft hatte die italienische Glovo-Einheit Foodinho bereits Anfang des Monats unter gerichtliche Aufsicht gestellt. Gegen den Geschäftsführer wird wegen des Vorwurfs der Ausbeutung von Arbeitskräften ermittelt. Ein Richter in Mailand bestätigte nun diese Entscheidung und wies den gerichtlich bestellten Verwalter an, die legale Anstellung der Fahrer sicherzustellen.



Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

